



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 13.10.2022**
öffentlich

Ort: Stadthaus
Kleiner Saal
Marktplatz 2
06108 Halle

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:32 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Ute Haupt
Bernhard Bönisch
Dr. Ulrike Wünschler
Dr. Inés Brock-Harder
Dr. Annette Kreuzfeldt
Carsten Heym
Dr. Regina Schöps
Olaf Schöder

Ines Dunker
Guido Haak
Jan Röttschke
Elke Schwabe
Antje Hecht

Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
AfD-Stadtratsfraktion Halle
Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von
Halle (Saale)
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Katharina Brederlow
Jörg Baus
Dr. Christine Gröger
Susanne Wildner

Beigeordnete Bildung und Soziales
Leiter Fachbereich Soziales
Leiterin Fachbereich Gesundheit
Gleichstellungsbeauftragte

Gäste:

Jan Kaltofen
Anja Polte
Waseed Aleem

Geschäftsführer Jobcenter Halle
Bereichsleiterin Jobcenter Halle
Ausländerbeirat Halle

Entschuldigt fehlten:

Stefanie Mackies
Alexander Raue
Andreas Schachtschneider
Kay Senius
Dr. Tarek Ali
Angela Ernst
Tobias Heinicke

Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
AfD-Stadtratsfraktion Halle
Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner

zu **Einwohnerfragestunde**

Es waren keine Einwohnerinnen und Einwohner erschienen.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Ute Haupt**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Haupt sprach an, dass folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen sind:

TOP 5.1

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung einer behindertengerechten Toilette in der Sternstraße
Vorlage: VII/2022/03913

➔ **Vorschlag: vertagen**

Frau Haupt sprach an, dass von der Verwaltung das Toilettenkonzept vorgelegt werden soll, weswegen der Antrag nochmals geschoben wird.

Ihr lag von der SPD schriftlich vor (kein Vertreter heute anwesend), dass deren Anträge ebenfalls vertagt werden sollen. Dies betrifft:

TOP 5.2

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Kappungsgrenzen bei Mieterhöhungen
Vorlage: VII/2022/04192

TOP 5.3

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Schutzschirm für Bürger:innen in der Energiekrise
Vorlage: VII/2022/04434

+ TOP 5.3.1

Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Schutzschirm für Bürger:innen in der Energiekrise (VII/2022/04434)
Vorlage: VII/2022/04522

Weiterhin sprach sie an, dass

TOP 5.4

Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Implementierung eines Klimabonus in den Angemessenheitsgrenzen der Kosten der Unterkunft (KdU)
Vorlage: VII/2022/04200

➔ **Vorschlag: absetzen**

➔ **wurde im Stadtrat am 28.09.2022 für erledigt erklärt**

Frau Hecht sprach, da der TOP 5.1 wieder vertagt werden soll, die Situation mit der zerstörten Toilette am Marktschlösschen an. Sie wies darauf hin, dass zwingend auch eine behindertengerechte Toilette als Behelfslösung auf dem Markt aufgestellt werden muss, da diese insbesondere auch in der Weihnachtsmarktzeit von Behinderteneinrichtungen genutzt würde.

Frau Haupt verwies darauf, dass dies jetzt zur Tagesordnung nicht thematisiert werden kann, sondern unter mündlichen Anregungen eingebracht werden könnte. Ihre Fraktion erwartet mit der von der Verwaltung angekündigten Toilettenkonzeption auch hierzu eine Lösung.

Herr Haak fragte, wann dieser Ausschuss sich mit der freigeschalteten Rettungsapp beschäftigt. Er sieht das als dringliche Behandlung an, da dies hier nicht wieder thematisiert wurde, sondern aus einer Pressemitteilung zu entnehmen war, dass es die App jetzt gibt.

Auch hier bat **Frau Haupt** darum, dies unter dem TOP Anfragen oder Anregungen einzubringen.

Frau Haupt bat um Zustimmung zu der geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Die geänderte Tagesordnung wurde festgestellt.

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 15.09.2022
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021
Vorlage: VII/2022/04604
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung einer behindertengerechten Toilette in der Sternstraße
Vorlage: VII/2022/03913 **vertagt**
 - 5.2. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Kappungsgrenzen bei Mieterhöhungen
Vorlage: VII/2022/04192 **vertagt**
 - 5.3. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Schutzschirm für Bürger:innen in der Energiekrise
Vorlage: VII/2022/04434 **vertagt**
 - 5.3.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Schutzschirm für Bürger:innen in der Energiekrise (VII/2022/04434)
Vorlage: VII/2022/04522 **vertagt**
 - 5.4. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Implementierung eines Klimabonus in den Angemessenheitsgrenzen der Kosten der Unterkunft (KdU)
Vorlage: VII/2022/04200 **vertagt**

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Haushaltskonsolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie den Beteiligungsbericht 2021** **Vorlage: VII/2022/04604**

Frau Brederlow führte anhand einer Präsentation in den Haushalt des Sozial- und Gesundheitsbereiches und des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung /Dienstleistungszentrum Arbeitsmarkt ein. *Die Präsentation ist in Session hinterlegt.*

Frau Haupt regte an, dass die heutige Behandlung als Einführung angesehen wird und vertagt werden sollte, um dies im November zu beschließen. Bis dahin können noch offene Fragen geklärt werden.

Frau Brederlow bat darum, dass die Fragen in dem entsprechenden Fragebogen hinterlegt und diese rechtzeitig vor der nächsten Sitzung eingereicht werden, damit diese bis zur Sitzung beantwortet werden können.

Bezüglich der Haushaltskonsolidierung wies sie darauf hin, dass ihr Geschäftsbereich, bezogen auf den Fachbereich Gesundheit und Soziales, nicht gesondert von Maßnahmen betroffen ist, außer in den Punkten Dienstreisen und Fortbildung wie alle anderen Geschäftsbereiche auch. Pflichtfortbildungen müssen in jedem Fall stattfinden.

Frau Haupt eröffnete die Diskussion und gab Gelegenheit zu Fragen.

Herr Bönisch fragte zu dem Ansatz zur Hygiene nach, hier nach der Begründung des erheblichen Aufwuchses.

Frau Dr. Gröger antwortete, dass es sich hauptsächlich um Personalkosten handelt, da auch neues Personal eingestellt worden ist. Das Team Hygiene hat sich fast verdoppelt, es gibt jetzt 12 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Herr Bönisch war irritiert über das IST 2021, da im sogenannten Coronajahr wesentlich weniger eingestellt war. Deswegen fragte er, wieso man da mit so wenig finanziellen Mitteln ausgekommen ist.

Frau Brederlow antwortete, dass dies zum einen mit dem Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst, mit dem dies auch zu tun hat, erst im vergangenen Jahr gekommen ist. So schnell konnte kein neues Personal eingestellt werden und die Ausschreibungen erfolgten mehrfach, da alle Gesundheitsämter gesucht haben. 2021 hat sich der Fachbereich Gesundheit durch die vielen Abordnungen innerhalb der Stadtverwaltung beholfen.

Herr Heym fragte zu den Amtsgutachten, da der Ansatz erheblich sinkt, ob hier mit weniger Bedarfen gerechnet wird.

Frau Dr. Gröger sagte, dass in der ersten Spalte das Ergebnis von 2021 enthalten ist und das ist die halbe Million Euro. In der zweiten Spalte steht der Ansatz von 2022, das Minus irritiert. Hier handelt es sich um die Kosten für die Erfüllung der Aufgaben 2022 und im Ansatz 2023 sind es nochmals 312 TEUR, die zusätzlich zu der halben Million Euro dazu kommen.

Herr Heym fragte zum Aufwuchs im Wohngeldbereich nach und ging auf Konnexität ein, ob hier die Zuweisung den Aufwand tatsächlich auch abfängt oder ob hier in ein Delta weiterhin gelaufen wird, wo die Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung dann ad absurdum führen, weil wieder neue „Löcher“ aufgetan werden.

Frau Brederlow sagte, dass dies befürchtet wird. Das Wohngeld an sich ist ein „Durchlaufposten“, da es eine Bundesleistung ist. Diese muss aber hier administriert werden und dadurch gibt es das große Problem, dass aufgrund des Gesetzentwurfes bereits jetzt schon mit zusätzlichen Problemen in den Kommunen gerechnet wird. Inwiefern das über Bund und Land abgedeckt wird, kann noch nicht eingeschätzt werden. Es muss von zusätzlichen Kosten ausgegangen werden.

Frau Dr. Schöps fragte zu Personalkostensenkungen in sensiblen Bereichen, wie bspw. im Haus der Wohnhilfe 50 TEUR, das entspricht einer vollen Personalstelle. Womit hängt dies zusammen.

Frau Winter antwortete, dass dort die Leiterin langzeiterkrankt ist und es dadurch entsprechende Auswirkungen gibt. In diesem Jahr gab es auch krankheitsbedingte Ausfälle der Sozialarbeiter. Die Leiterin wird mit großer Wahrscheinlichkeit nicht wieder in den Dienst kommen, sodass es hier eine Nachbesetzung geben muss.

Frau Dr. Schöps fragte zum Bereich Bildung und Teilhabe nach, da hier 12 TEUR weniger an Personalkosten sind.

Frau Winter erwiderte, dass dies auch hier mit dem hohen Krankenstand zusammenhängt.

Herr Schöder fragte angesichts der steigenden Personalkosten, was eine Investition in die Digitalisierung kosten würde, um zukunftsgerichtet sparen zu können.

Frau Brederlow erläuterte, dass, den Fachbereich Gesundheit betreffend, neben dem Personalzuwachs auch die Digitalisierung eine große Rolle spielt. Das kann auch zur nächsten Sitzung dargestellt werden.

In den anderen Bereichen ist die Verwaltung auch dabei, bestimmte Prozesse zu digitalisieren. Im Fachbereich Soziales geht allerdings nicht alles über eine Digitalisierung, es muss eine Beratung erfolgen und auch Ansprechpartner zur Verfügung stehen, sei es beim Wohngeld als auch beim Bürgergeld, auf eine entsprechende Beratung kann nicht verzichtet werden.

Herr Haak fragte zu dem Posten Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II, im Haushaltsplan Seite 23 und 102. Warum ist da kein erheblicher Aufwuchs eingeplant?

Frau Brederlow erwiderte, dass keine Einschätzung erfolgen kann, da die Richtung nicht bekannt ist. Es gab in den letzten Wochen auch ständig Veränderungen hierzu. Wie der Gaspreisdeckel an der Stelle wirkt, muss gesehen werden. Je nachdem wie die Entwicklung sein wird, muss man sich darauf einstellen, dass ggf. eine Nachsteuerung erfolgen muss.

Frau Haupt fragte nach, ob die jetzt eingeplante Anzahl an Personalstellen für den Wohngeldbereich relevant ist, wonach werden diese berechnet und wird dies ausreichend sein?

Frau Brederlow antwortete, dass momentan nur von der Gesetzesvorlage ausgegangen werden kann, das Gesetz ist noch nicht beschlossen. Hier werden verschiedene Aspekte, u. a. auch die Führung von elektronischen Akten, berücksichtigt. Es wurde von den bisherigen

Erfahrungen im Bereich Wohngeld ausgegangen. Momentan wird davon ausgegangen, dass für die Umsetzung die veranschlagten Personalstellen ausreichend sind.

Sie wies auf die Schwierigkeit der Besetzung der Personalstellen hin, was sich gerade auch im Fachbereich Gesundheit zeigt. Wenn die Stellen nicht ausreichend sein sollten, muss nachgesteuert werden.

Frau Wildner stellte im Auftrag von Herrn Paulsen den Haushalt für das DLZ Integration und Demokratie, hier die Seiten 178 bis 190 und den Stellenplan auf der Seite 1316, vor.

Sie wies auf die Gesamtübersicht auf der Seite 181 hin, dort sind in den einzelnen Spalten die entsprechenden Bereiche aufgeführt. Der Personalaufwuchs beruht auf drei neuen Stellen im Umzugs- und Betreuungsmanagement, insbesondere aufgrund der Geflüchteten aus der Ukraine. Die Position Transferaufwendungen beinhaltet alle Fördermittel, die in dem Bereich verausgabt werden, u. a. auch die Sprachförderung, die Fördermittel im Gleichstellungsbereich, Demokratie im Quartier und Entwicklungspolitik.

Sie wies auf die Zeile 12, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen hin, wo alle Gebäude- und Bewirtschaftungskosten enthalten sind. Dies wird vom Fachbereich Immobilien bewirtschaftet.

Es gab keine Nachfragen.

Frau Haupt fragte, bis wann spätestens die Fragen zum Haushalt einzureichen sind.

Frau Brederlow bat darum, dass bis 1 Woche vor der nächsten Sitzung (bis 10.11.) alle Fragen einzureichen sind, damit diese bis zum 17.11. beantwortet werden können.

Herr Bönisch fragte, ob noch eine Zusammenstellung um die Prognosen für dieses Jahr erfolgen kann. Also die voraussichtlichen IST-Zahlen für das laufende Jahr und die Endstände für den 30.09.

Frau Brederlow sagte, dass sie dies an Herrn Geier weitergeben wird.

Frau Haupt stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Abstimmung zum GOA: ***mehrheitlich zugestimmt***

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt das Haushaltskonsolidierungskonzept 2023. Der Oberbürgermeister wird mit der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2023 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen.
2. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2023 mit dem Haushaltsplan 2023.
3. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2021 zur Kenntnis.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbenennung des Ausländerbeirats der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04503

zu 5.5.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Umbenennung des Ausländerbeirats der Stadt Halle (Saale) (VII/2022/04503)
Vorlage: VII/2022/04772

– Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesen Tagesordnungspunkten ein Wortprotokoll. –

Frau Haupt

Unter 5.5 liegt uns vor: Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbenennung des Ausländerbeirats der Stadt Halle (Saale) und dazu heute hat die SPD-Fraktion nochmal einen Änderungsantrag gestellt.

Bevor wir in die Diskussion gehen, würde ich gerne Herrn Waseem Aleed, Vorsitzender von unserem jetzigen Ausländerbeirat, auch die Möglichkeit geben, falls es nochmal Anfragen gibt, er hat ja das letzte Mal auch schon ausgeführt, dass wir ihm das Rederecht erteilen zu dieser Diskussion. Wenn es dazu Einverständnis gibt, bitte ich um das Handzeichen der Stadträte. Das ist auch mehrheitlich, danke. Herr Aleed dann können Sie sich schon mal hinsetzen, bitte.

Ich würde aber trotzdem, auch wenn wir es letztes Mal schon behandelt haben, nochmal ganz kurz denn Antragstellern, die nicht da das Wort geben, also den Änderungsantrag nicht nochmal jetzt hören, da ist keiner da von der SPD-Fraktion. Er liegt ihnen vor, aber die Antragstellerinnen, des eigentlichen Antrags sind da und da dürfen sie nochmal was dazu sagen

Frau Dr. Kreutzfeldt

Wir hatten das ja schon beim letzten Mal diskutiert, es geht vor allem um eine Namensänderung. Um die Namensänderung Ausländerbeirat in Migrationsbeirat, wir haben uns darüber auch nochmal verständigt. Herr Aleed wird das uns gleich auch nochmal begründen. Dieser Beirat, der ja eine Interessenvertretung, der Menschen mit Migrationshintergrund sein soll, heißt in sehr vielen Städten jetzt Migrationsbeirat, weil von den ehemaligen Ausländern viele mittlerweile deutsche Staatsbürger sind und die werden dann damit ausgeschlossen. Und die SPD hat den Änderungsantrag eingestellt, wir würden den so übernehmen und würden jetzt dem Wunsch des Beirates selber nachkommen, so wie sie gerne heißen möchten und ich habe auch gehört, dass sich der Beirat ja dann später, wenn er dann gegründet ist, selber nochmal die Ziele neu setzen will und nochmal definieren will, was seine Aufgaben sind und insofern greifen wir dem auch nicht vor, wenn wir jetzt einfach nur den Namen ändern und damit den Gegebenheiten, den aktuellen, Rechnung tragen und dem Wunsch der Beiratsmitglieder nachkommen.

Frau Haupt

Dann würde ich Herrn Aleed nochmal kurz das Wort geben, wie gesagt, wir haben uns letztes Mal.

- Unverständliche Zwischenrufe Herr Bönisch -

Dann mache ich daraus eine Frage und würde nochmal die Meinung des Beirats wissen zu diesem Namen, wie Sie dazu stehen.

- Unverständliche Zwischenrufe Herr Bönisch -

Ich habe jetzt die Frage an Sie gestellt und jetzt können Sie nochmal kurz ihre Meinung dazu sagen.

Herr Aleed

Vielen Dank nochmal für die Zeit und die Mühe, wir hatten das letztes Mal ausführlich diskutiert. Wir sind der Migrationsbeirat, der Interessenvertreter der Migranten im Allgemeinen für die Stadt Halle, darunter auch Studenten und Deutsche mit Migrationshintergrund, wir wollen gerne als Interessenvertreter von allen Migranten so heißen, Migrationsbeirat. Weil, Ausländer ist mittlerweile sehr veraltet und schließt auch zu viele Leute aus.

Frau Haupt

Danke. So jetzt steht dieser Antrag, Änderungsantrag ist übernommen, zur Diskussion. Bitte. Frau Dr. Schöps war, glaube ich etwas eher und dann Sie.

Frau Dr. Schöps

Okay, ich hätte dann doch auch nochmal eine Frage dazu, die ich schon letztens gestellt habe, einfach nur eine Verständnisfrage. Migrationsbeirat ist kurz und griffig ja, aber ich hatte eigentlich den Ausländerbeirat auch als zuständig gesehen für Ausländer, die in dieser Stadt leben auch und gar keine Migranten sind, wie zum Beispiel Studenten, ausländische Wissenschaftler und so weiter und so fort. Die sind keine Migranten, aber sind Ausländer, deshalb hatte ich ja letztens schon ein kleines bisschen Fremdeln mit dieser Änderung des Namens gezeigt und möchte deshalb nachfragen, wie gehen Sie denn damit um? Sie hatten Studenten jetzt auch erwähnt, aber diese sind dann keine Migranten.

Frau Haupt

Die Frage richtet sich jetzt dann an Herrn Waseem, Herr Aleed, Entschuldigung.

Frau Dr. Schöps

Ja. Es war ja ein Wunsch des Beirates, so benannt zu werden.

Frau Haupt

Alles klar. Gut, dann dürfen Sie darauf antworten, bitte.

Herr Aleed

Als Migrationsbeirat vertreten wir natürlich alle Migranten und auch die Ausländer, sag ich mal, wenn Sie das so beschreiben. Ich hatte die Erfahrung gehabt, die letzten fünf Jahre, wir hatten unter uns direkt Migranten, sag ich jetzt mal, die hier wohnen, wir haben auch studentische Einwohner. die in Halle nur zum Studium da sind.

Der Plan kommt, die Namensänderung bezieht sich nur auf die Allgemeinheit, auf die Mehrheit, sag ich mal so. In Halle wohnen ungefähr jetzt mittlerweile 34.000 Migranten, in Führungszeichen Ausländer und dazu auch kommen fast 20.000 Deutsche mit Migrationshintergrund, wenn ich jetzt die Statistik nicht zu 100 Prozent richtig sage, aber da wollen wir ungern die 20.000 ausschließen und sagen: "Ihr gehört nicht dazu, Ihr braucht nicht zu uns kommen, weil, wir beteiligen uns an dieselben Probleme und selbe, sag ich mal ,Sorgen und wir konnten auch von der Erfahrung sehr guten Nutzen machen, wenn die uns auch mithelfen.

Frau Haupt

Eine Nachfrage oder eine neue?

Frau Dr. Schöps

Nein, eine Nachfrage, ja. Aber so richtig finde ich meine Frage nicht beantwortet. Denn Studenten leben ja auch oft vier, fünf Jahre hier, wenn sie promovieren, manchmal auch länger, sind keine Migranten.

Haben Sie denn bisher in ihrem Beirat auch deren Interessen mit, wurden diese an Sie herangetragen, hatten Sie sich damit befasst und wissen Sie, wie viele solcher Ausländer, die keine Migranten sind, in Halle leben? Die ja vom Namen her, wenn man es streng nehmen wollte und jetzt mit der neuen Bezeichnung nicht mehr eingeschlossen wären, sowie vorher, Ihrer Meinung nach, die Migranten, die die deutsche Staatsbürgerschaft hatten, nicht mehr eingeschlossen waren. Ich habe da nicht den Überblick, also treten solche Personen überhaupt oder haben Sie überhaupt eine Vertretung solcher Personen auch bei ihnen im Beirat und wie viele sind das etwa? Ich habe nicht den Überblick.

Frau Haupt

Herr Aleed, Sie dürfen.

Herr Aleed

An sich jetzt, direkte Vertretung, bei uns im Endeffekt der Beirat ist ein gewählter Beirat, ist kein berufener Beirat, das halt entscheiden im Endeffekt die Einwohner der Stadt, wer in diesen Beirat reinkommt, das ist das A und O. Auf den zweiten Punkt, wir hatten im letzten und im aktuellen Beirat eins, zwei, drei Studenten, die bei uns sind. Eine davon ist eine promovierte Frau Shadima, da fällt mir der Nachname ein bisschen schwer. Shadima studiert hier seit fünf Jahren, hat eine Masterarbeit hier und macht jetzt auch Ihre Doktorarbeit hier. Die sind schon mittendrin in dem Beirat.

Dass wir direkt einen Namen rausnehmen und sagen, okay, für diese Gruppe sind wir da, gibt es jetzt aus unserer Sicht kein Bedarf. Es gibt auch dazu, wir arbeiten sehr eng zusammen mit der ausländischen Studentenvertretung der MLU und wir arbeiten auch mit dem ausländischen International Office von der MLU zusammen, dass die auch zu uns kommen. Wir vertreten auch die studentischen Ausländer, wir vertreten die auch und wir vertreten ihr Interesse und wir haben dazu, sage ich mal, dazu jetzt ein kleines Beispiel, da ist Ausländerbehörde problematisch haben das wir mitgetragen und mit denen gesprochen.

Frau Haupt

Noch dazu?

Frau Dr. Schöps

Noch eine kurze Nachfrage. Es gibt ja auch EU-Ausländer, die arbeiten hier über mehrere Jahre, aber nicht unbedingt als Migranten gesehen werden müssen, also Ungarn, Italiener, was weiß ich. Was ist mit denen? Ich frage das jetzt nach, weil diese Namensänderung von Ausländer zu ist mir nachvollziehbar, aber ich sehe da wieder, dass auch nicht wieder alles erfasst ist und könnte mir auch Ausländer und Migration oder Migrations- und Ausländerbeirat vorstellen als Bezeichnung, deshalb frage ich das jetzt nach.

Frau Haupt

Herr Aleed Sie dürfen. Herr Aleed Sie dürfen.

Herr Aleed

So, ich versuche mal das Gesetz richtig zu geben. Sie sind alle Migranten laut des Gesetzes. Und in Anführungsstrichen sage ich jetzt mal, die sind im Endeffekt auch Ausländer. Das ist

jetzt immer eine Trennung, wir waren bis dato Vertreter für alle Ausländer und wollen jetzt eine neue Gruppe hinzufügen und das sind die Migranten.

- *Unverständliche Zwischenrufe* -

Frau Haupt

Gut. Machen wir erstmal weiter. Herr Heym und dann Herr Schöder.

Herr Heym

Ja vielen Dank, also ich habe mich ja auch schon letztes Mal eingelassen. Aus meiner Sicht wird hier was vermutlich aus ideologischen Gründen verkompliziert, was im Grunde einfach und prägnant ist. Wenn ich jetzt aus der Sicht eines Ausländers herangehe, der nach Halle kommt und überlegt, wo könnte ich Unterstützung bekommen, wonach müsste ich suchen, dann sucht der natürlich erstmal den Ausländerbeirat aus meiner Sicht. Ob er sich als Migrant versteht und deshalb unter diesem Begriff sucht, das weiß ich nicht, halte ich auch für fraglich, also das, aus meiner Sicht verkompliziert sich das.

Ganz viele Ausländer in Halle kommen auch erstmal lange Zeit ohne den Ausländerbeirat aus oder ohne von diesem Kenntnis zu haben. Die Meisten werden nämlich überrascht, wenn sie eingeladen werden, um an den Wahlen zum Ausländerbeirat teilzunehmen und was im Grunde auch die Einlassung, dass bestimmte Leute ausgeschlossen werden, das widerspricht sich dort, weil alle, die berechtigt sind, an diesen Wahlen teilzunehmen, werden entsprechend informiert. Hatten sie Interesse, haben sie es vorher herausgefunden, im Zweifel, aber genau zu diesem Termin werden Sie dann davon in Kenntnis gesetzt, dass in Halle dieses Gremium vorhanden ist.

Aus meiner Sicht gibt es eigentlich an der Bezeichnung nichts auszusetzen und es gibt auch keinen Grund für eine Änderung, viel mehr gäbe es gegebenenfalls Gründe bekannter zu machen bei der Zielgruppe, dass es entsprechende Vertretung gibt, die als Ansprechpartner vorhanden wären.

So jetzt sind wir bei den anderen Teilen dieses Antrags, ist ja nicht der einzige Punkt, darauf habe ich mich auch das letzte Mal schon eingelassen, gerade für einen Fremdsprachler ist es aus meiner Sicht nicht zielführend, hier noch Besonderheiten der deutschen Sprache in einer Art Modesprache einzuführen, um die Angebote digital noch schwieriger zugänglich machen für jemanden der Deutsch nicht als Muttersprache hat, auch deshalb werde ich diesen Punkt ablehnen, also ich werde die komplette Vorlage, Änderungsvorlage hin oder her, ablehnen, werde das auch meiner Fraktion so empfehlen. Ich erkenne überhaupt keinen sinnvollen Grund hier entsprechend zu agieren.

Frau Haupt

Danke Herr Heym. Jetzt ist Herr Schöder dran und danach Frau Dr. Brock-Harder.

Herr Schöder

Ja, ich habe die Peinlichkeit jetzt sagen zu dürfen, dass ich mich den beiden Vorrednern anschließe, das halte ich mal für eine blöde Formulierung, ja, aber leider ist es so. Ich sehe in dieser ganzen Geschichte keine Notwendigkeit und wenn der Herr dort äußert, man könnte ja innerhalb dieses Ausschusses noch eine Untergruppe, dann sollen sie es doch machen. Dann sollen sie doch innerhalb dieser Ausländergruppe eine Untergruppe für Migration machen. Dafür muss ich doch nicht einen Riesennamen ändern und von den Kosten will ich nicht reden oder sowas. Für mich erschließt es sich überhaupt nicht, es ist nicht notwendig. Ich bin gern dafür, wenn etwas notwendig ist, aber wenn etwas nicht notwendig ist, sag ich wozu, also ich lehne den auch ab.

Frau Haupt

Danke für die Wortmeldung und jetzt ist Frau Dr. Burk-Harder nochmal dran.

Frau Dr. Brock-Harder

Ich würde mich freuen, wenn ich mit meinem Wortbeitrag die Diskussion abbinden könnte. Und zwar erstens damit, dass ich glaube, es wäre eine Anmaßung von uns, einem Beirat, der sich selbst umbenennen will, das zu untersagen. Ich meine, wenn eine Kita kommt und sagt sie möchte gerne Hampelmann heißen, dann sagen wir auch nicht, dass Hampelmann irgendwie ein blöder Name ist. Das ist jetzt vielleicht ein hinkender Vergleich, aber so ein Beirat lebt von den Akteuren, das heißt, wer bei Ihnen in dem Beirat drin ist, das ist doch das Lebendige.

Und wenn der Beirat jetzt dann Migrationsbeirat heißt und sie ja gesagt haben, es wird eine Konstituierung geben, es wird eine Orientierung geben, dann ist das aus meiner Sicht die Sache der Leute, die es betrifft und nicht die Sache von uns. Und als Kompromiss im Sinne dessen, dass ich hoffe, das damit abzubinden, lassen Sie uns den Wunsch des Beirats folgen und lassen Sie uns den Beirat nach seiner Konstituierung oder nach seiner konzeptionellen Neuorientierung hier einladen, dann haben wir hier eine fachliche Diskussion dazu, dann kann Frau Dr. Schöps genau die Fragen an Sie richten und Sie können die Fragen richten und dann können wir mal eine thematische Diskussion haben, ich hätte zum Beispiel auch noch ein paar Fragen, die ich jetzt aber nicht thematisiere, weil ich denke, das ist hier nicht der Platz dafür, um in die Selbstorganisation einer Gruppe einzugreifen und deshalb lassen Sie es uns so machen, wie es gewünscht ist und dann machen wir einen festen Termin für 2023, wo wir sie dann nochmal einladen und all diese Umsetzungsfragen diskutieren können.

Frau Haupt

Jetzt Frau Dr. Wünscher, dann hatte ich mich gemeldet, dann Sie beide nochmal.

Frau Dr. Wünscher

Ja, Frau Brock-Harder, wenn es denn so ist, wie Sie sagen, dann frage ich mich, warum wir uns dann hier überhaupt damit beschäftigen,

Zwischenruf Frau Dr. Brock-Harder

Das ist formal.

Frau Dr. Wünscher

Ja, aber trotzdem, also ich meine, dann denke ich mal, sagen wir mal: lieber Ausländerbeirat oder wie auch immer Sie heißen möchten, klären Sie das mit sich, unter sich und kommen Sie dann zu uns, wenn Sie was gefunden, was Ihnen genehm erscheint. Also das finde ich, das war jetzt ein Beitrag, der das sozusagen das hier mehr oder weniger beliebig macht, was wir hier diskutieren.

Frau Dr. Brock-Harder

Meiner Meinung nach müssen wir als Stadt das machen.

Frau Dr. Wünscher

Das möchte ich geklärt wissen, steht das irgendwo, dass wir das machen müssen?

Frau Haupt

Ich denke, ich wollte mich ja jetzt sowieso melden, dass wir das damals im Stadtrat auch beschlossen haben, dass wir einen damals, jetzt noch Ausländerbeirat, beschließen und insofern denke ich schon müssen wir das hier im Stadtrat beschließen. Also, wir sind der Ausschuss, der nach der Zuständigkeitsordnung sich damit beschäftigt, meine Meinung, wir hören gleich nochmal die Verwaltung dazu und wollte eigentlich mit meiner Wortmeldung,

jetzt kann ich auch sagen, meiner Vorrednerin zustimmen und ich hatte es auch bei mir so drin, dass wir tatsächlich den Beirat, wie auch immer der nach der Abstimmung heißen wird nochmal einladen und vor allen Dingen nochmal mit den Zielstellungen, was Sie auch vorhaben.

Das ist etwas, was mich sehr interessiert und das auch nochmal zu wissen und all die Fragen, die wir jetzt schon hatten, wie sie alle Menschen, die aus einem anderen Land kommen, integrieren wollen, das wäre etwas, was mich sehr interessiert und das würde ich mit auf den Weg geben für diese Berichterstattung, für die wir uns dann nochmal einen Termin ausmachen, wenn es so weit ist. Das war noch meine Wortmeldung. Ich würde jetzt erstmal noch, ehe Sie drankommen, Frau Wildner bitten.

Frau Wildner

Ja also, wie Sie wissen, bin ich hier schon sehr lange unterwegs und Anfang der Neunziger hatten wir einen eigenständigen Gleichstellungsausschuss, da war die Bildung oder die Willenserklärung, dass die Stadt Halle einen Ausländerbeirat haben möchte über mehrere Sitzungen Thema. Wir haben sehr viel dazu auch fachlich gearbeitet und es gibt dazu tatsächlich einen Beschluss, dass ein solcher Ausländerbeirat gegründet werden soll und auch der Mottos, und das hat uns damals auch sehr beschäftigt, wie man zu diesem Beirat kommt, nämlich analog mit einer Kommunalwahl mit all diesen Rechten und Pflichten, die sozusagen da dranhängen und daher quasi, es ist jetzt mittlerweile fast 30 Jahre her, aber da hat das seine Wurzeln und ich denke, es ist tatsächlich hier, wir müssen das nochmal prüfen, die Unterlagen, die alten habe ich sogar selber, da weiß ich, wo die liegen, aber dass wir uns damit befassen, denke ich, ist schon der richtige Weg.

Und wenn die Tatsache, wie man zu diesem Beirat kommt, sich nicht verändert, müsste man schauen, ob die Namensgebung jetzt einfach eine Rechtliche ist oder nicht, also das ist jetzt, sozusagen meine, was ich jetzt quasi aus der Hüfte, ich war beim letzten Mal leider nicht anwesend, da beitragen würde, das würde ich vorher versuchen schnell nochmal zu klären und beizutragen.

Frau Haupt

Danke, Herr Heym.

Herr Heym

Ja also, das ist manchmal schon erstaunlich, was man hier hört. Also der Antrag ist doch von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellt worden. Das ist doch nicht so, dass wir hier eine Informationsveranstaltung hatten oder so ein Punkt auf der Tagesordnung, wo hier die Arbeit des Beirats vorgestellt wird und im Zuge dieser Vorstellung beispielsweise der Wunsch geäußert wurde, weil sich etwas überlebt hat, sich umzubenennen, das habe ich hier nicht erlebt im Sozialausschuss, von daher gab es das nicht. Es mag ja sein, dass an Sie herantreten wurde, das kann ich nicht prüfen, aber so, wie ich mir das vorstelle, wie so eine Entwicklung angeschoben wird, ist es jedenfalls nicht gelaufen, da kann jetzt Jeder erzählen, was er will.

So das nächste ist, jetzt nochmal, es mag ja sein, dass die derzeitigen Protagonisten dieses Ausländerbeirats sich als Migranten verstehen, das ist ja in Ordnung, als angekommen in der Stadt und auch das in irgendeiner Art und Weise in der Bezeichnung gewürdigt haben wollen, aber das ist nicht mein Verständnis dafür, wie ein Begriff nach außen wirken soll. Nach außen soll der so wirken, dass Sie gefunden werden von den Interessenten und den Menschen, die Sie ansprechen wollen, die Sie brauchen, die Ihre Hilfe brauchen, dass Sie gefunden werden von denen und da ist aus meiner Sicht der Begriff Ausländerbeirat viel, viel prägnanter und zielführender, weil eben nicht so speziell, sondern umfassend.

Und jetzt mit der Wahl, die Frau Wildner hat es ja gerade angesprochen, ich sehe Defizite in der Bekanntheit auch der Protagonisten in der Führung dieses Ausländerbeirats, weil die meisten Ausländer, die mir bekannt sind, die zu dieser Wahl kommen, kommen dazu, wie die Jungfrau zum Kind und die haben dann irgendwann einen Brief im Briefkasten, da haben sie eine Liste drin, ihnen werden Kandidaten vorgestellt, die Ihnen weder namentlich noch sonst in irgendeiner Art und Weise bekannt sind und wo sie im Grunde auch keine Chance mehr haben, zu gucken, wer ist das eigentlich, das ist dann auch nachträglich nicht mehr heilbar, weil anders als in der Kommunalwahl gibt es im Grunde diese Vorstellung im Stadtgebiet der entsprechenden Bewerber nicht. So und von daher ist aus meiner Sicht alles, was hier gerade getan wird, kontraproduktiv. Die Defizite, die vorhanden sind, die ich gerade beschrieben habe, zu heilen, im Grunde verschärft man die, weil man hier, aus welchen Gründen auch immer meint, man müsste dort eingreifen.

Frau Haupt

Herr Schöder ist jetzt dran.

Herr Schöder

Ja, ich habe da dazu auch nichts Anderes zu sagen. Ich muss aber dazu sagen, dieser Begriff ist geläufig, der Begriff ist bekannt, der Begriff ist umfänglich, er besagt alles und Sie können drin machen, was sie wollen, aber es muss in der Öffentlichkeit nicht irgendeine Einschränkung jetzt plötzlich stattfinden und die anderen Dinge, die du jetzt noch gesagt hast, find' ich völlig in Ordnung. Die Frage der Sichtbarkeit, darüber können wir uns unterhalten, das sind so Dinge, wie man etwas unterstützt.

Frau Haupt

Das ist jetzt aber nicht Antragsgegenstand.

Herr Schöder

Das ist jetzt nicht Gegenstand dieser Geschichte, gerne, nehme ich an, ja ok. Aber dann lasst uns über Dinge reden, die heutzutage viel wichtiger sind, ja.

Frau Haupt

Können Sie einen Antrag machen, jetzt haben wir einen anderen Antrag, über den wir jetzt reden und jetzt ist erstmal Frau Dr. Schöps und dann Frau Dr. Brock-Harder dran.

Frau Dr. Schöps

Ich habe nochmal eine Nachfrage, die leider der Tatsache geschuldet ist, dass ich mich nicht gründlich vorbereitet und vorinformiert habe. Wurden denn bisher eingebürgerte Migranten zur Wahl des Ausländerbeirats eingeladen oder nicht und wenn nicht, ist es das, was Sie in Zukunft erreichen wollen, dass die an der Wahl des Ausländer-, Quatsch, des Migrationsbeirates dann teilnehmen können, also nur für mein Verständnis der Antriebe.

Frau Haupt

Ich würde dann erstmal noch Frau Dr. Brock-Harder das Wort geben und dann ist ja Herr Aleed auf der Rednerliste. Dann können Sie darauf antworten und gegebenenfalls noch.

Frau Dr. Brock-Harder

Als wir diesen Antrag gestellt haben, haben wir diese Leidenschaft hier nicht vorausgesehen, weil wir tatsächlich gebeten worden sind, diese Namensänderung einfach hier einzubringen und ich bleibe auf dem Standpunkt, dass wir uns, wir müssen uns ja nicht vorher einig sein, wir können ja eine Abstimmung machen, dann gibt es eine Abstimmung, dann gibt es eine Mehrheit und dann machen wir den Punkt, wie wir es gesagt haben, dass wir uns das Prozedere und alles noch mal erklären lassen mit einem Tagesordnungspunkt, wie wir es ja immer haben unter Mitteilungen, das machen wir dann nächstes Jahr.

Insofern lassen Sie uns einfach abstimmen, dann sind eben die Mehrheit dafür oder die Mehrheit dagegen und dann ist es gut.

Frau Haupt

So ist es. Ich würde aber gerne nochmal Herrn Aleed das Wort geben, weil es nochmal Anfragen an ihn gab und er nochmal das Bedürfnis hatte zu reden, bitte.

Herr Aleed

Wir sind damit begrenzt sozusagen, mit der Wahlordnung, was der Stadtrat damals beschlossen hat und die sagt oder der sagt Deutsche mit Migrationshintergrund haben das Recht, sich zu kandidieren zum Ausländerbeirat und müssen auch im Vorab, wenn sie die Wahlberechtigung haben, dann können sie das auch in einem Sonderantrag das machen. Das ist die Situation bis dato gewesen.

Es gibt ein neues Konzept, was in Bearbeitung ist, eine neue Wahlordnung in Bearbeitung ist, es ist alles etwas in Verzug, aber es kommt irgendwann dieses Jahr noch die neue Wahlordnung und wir erwarten eine Änderung dieser Wahlordnung seitens der Verwaltung erstmal. Der erste Entwurf liegt uns noch nicht vor.

Frau Haupt

Es gibt noch eine Wortmeldung von Herrn Heym und dann möchte Frau Brederlow.

Herr Heym

Meine Frage ist: Ist die Änderung der Wahlordnung unabdingbar notwendig oder ist die Namensänderung unabdingbar notwendig, um eine Änderung der Wahlordnung vorzunehmen oder nicht?

Frau Haupt

Kurze Antwort Herr Aleed.

Herr Aleed

Kurze Antwort, Nein ist nicht.

Frau Haupt

Frau Brederlow hat das Wort.

Frau Brederlow

Ja, ich will das jetzt auch nicht verlängern. Ich finde es gut, dass wir über dieses Thema reden, also, wenn es nur um die Namensänderung gegangen wäre und man sich inhaltlich nicht auseinandergesetzt hätte, wäre, glaube ich, der Sache auch nicht so gerecht geworden. Ich kann das Anliegen des Ausländerbeirates nachvollziehen, weil das, was Herr Aleed gerade gesagt hat, wie Migranten, also Eingebürgerte, tatsächlich in die Situation kommen, erst einen Antrag stellen zu müssen, dass sie das dann dürfen, ist ja auch ein bisschen widersinnig. Also insofern, nachvollziehbar ist es, aber ich finde es gut, dass wir darüber geredet haben, das zeigt mir eins, wir sollten dieses Thema auch durchaus häufiger im Ausschuss behandeln.

Frau Haupt

So ist es, genau. Gut, ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen und würde tatsächlich jetzt gerne abstimmen wollen.

Zur Abstimmung steht jetzt der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN mit der Übernahme des SPD-Antrages, also im ersten Anstrich, ich lese nochmal laut vor für alle:

Der Ausländerbeirat der Stadt Halle wird in Migrationsbeirat der Stadt Halle umbenannt. Zweitens, die Stadtverwaltung Halle wird beauftragt, die Satzung des Ausländerbeirates der

Stadt Halle sowie die Wahlordnung zur Wahl des Ausländerbeirates, muss ja dann entsprechend geändert werden, ja, der Stadt Halle entsprechend sprachlich anzupassen und sowie hinsichtlich einer Geschlechtergerechten Sprache zu überarbeiten. Die Stadtverwaltung wird angeregt, auch alle relevanten Medien, Homepages, Flyer und so weiter dahingehend zu überarbeiten.

Ich frage zuerst die sachkundigen Einwohner*innen zu Ihrem Votum.

Undeutlicher Zwischenruf Herr Bönisch

Frau Haupt

Habe ich vorgelesen „Migrationsbeirat“, im Punkt Eins.

Undeutlicher Zwischenruf Herr Bönisch

Frau Haupt

Der ist doch nur in diesem Wort geändert. Ja, manchmal können Sie mir glauben.

So, also nochmal, jetzt sind die sachkundigen Einwohner*innen gefragt.

Wer sich also diesem geänderten Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN anschließen kann, von Ihnen, den bitte ich jetzt mal um Ihr Votum.

Eins, Zwei, Drei, ne Sie sind kein Sachkundiger, Eins, Zwei, Drei zähle ich ja, Drei. Gegenstimmen? Haben wir keine. Enthaltungen? Eine.

Damit wäre Ihr Votum positiv für diesen Antrag

Ich frage jetzt die Stadträte*innen nach Ihrem Votum für den Antrag, den ich vorgelesen habe, dann bitte ich um das Handzeichen. Eins, Zwei, Drei, Vier, Fünf. Wer ist dagegen? Zwei. Und wer enthält sich? Auch Zwei. Damit ist der Antrag angenommen.

Ich danke Ihnen und ich würde gerne nochmal für das Protokoll, Sie haben es bestimmt schon, wirklich nochmal festhalten, dass wir dann nach einem Termin suchen, wir gucken in den Themenplan, wann das passt, wann Sie so weit sind und dann würden wir gerne das hier im Ausschuss bereden, alles, was wir vorhin schon gesagt haben, ich will das nicht alles wiederholen. Sie möchten nochmal was sagen, Herr Aleed?

Herr Aleed

Erstmal vielen Dank für die spannende Diskussion und ich würde mich sehr freuen, wenn wir uns nochmal im Juni nächstes Jahr sehen nach der Wahl.

Frau Haupt

Im Juli erst?

Herr Aleed

Ja, die Neuwahl sollte theoretisch Februar, März kommen.

Frau Haupt

Na gut.

Herr Aleed

Da würde ich dann zwei Monate haben, um den neuen Ausländerbeirat zusammensetzen, wenn ich wiedergewählt bin.

Frau Haupt

Okay, wir nehmen es mal so auf und gucken dann und stimmen uns mit Ihnen ab, ja entsprechend. Vielen Dank, dass Sie da waren und danke für Ihre Wortmeldung.

Ende des Wortprotokolls

zu 5.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbenennung des
Ausländerbeirats der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04503

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis StR: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Ausländerbeirat der Stadt Halle (Saale) wird in ~~Beirat für Migration und Integration~~ **Migrationsbeirat** der Stadt Halle (Saale) umbenannt.
2. Die Stadtverwaltung Halle wird beauftragt, die Satzung des Ausländerbeirates der Stadt Halle (Saale) sowie die Wahlordnung zur Wahl des Ausländerbeirates der Stadt Halle (Saale) entsprechend sprachlich anzupassen sowie hinsichtlich einer geschlechtergerechten Sprache zu überarbeiten.
3. Die Stadtverwaltung wird angeregt, auch alle relevanten Medien (z.B. Homepage, Flyer, usw.) dahingehend zu überarbeiten.

zu 5.5.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Umbenennung
des Ausländerbeirats der Stadt Halle (Saale) (VII/2022/04503)
Vorlage: VII/2022/04772

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

4. Der Ausländerbeirat der Stadt Halle (Saale) wird in ~~Beirat für Migration und Integration~~ **Migrationsbeirat** der Stadt Halle (Saale) umbenannt.
5. Die Stadtverwaltung Halle wird beauftragt, die Satzung des Ausländerbeirates der Stadt Halle (Saale) sowie die Wahlordnung zur Wahl des Ausländerbeirates der Stadt Halle (Saale) entsprechend sprachlich anzupassen sowie hinsichtlich einer geschlechtergerechten Sprache zu überarbeiten.

Frau Haupt sagte, dass der Themenspeicher 2023 um den besagten Punkt erweitert wird.

Herr Waseem Alleed dankte für die Zustimmung und sagte, dass die Neuwahl des Migrationsbeirates im Frühjahr 2023 stattfinden soll und danach die Konstituierung des neuen Beirats erfolgt, sodass er als Termin frühestens Juni 2023 vorschlug, um den Beirat mit seinen Zielen und Aufgaben dem Ausschuss vorzustellen.

zu 6 **Mitteilungen**

zu 6.1 **Berichterstattung Jobcenter zum Arbeitsmarktbericht, Bildung und Teilhabe**

Die Unterlagen wurden in Session hinterlegt.

Herr Kaltofen wies auf die vorliegenden Unterlagen hin. Er sagte, dass gegenwärtig arbeitsmarkttechnisch wenig absehbar ist, was allgemein an Krisenerwartungen „im Bauchgefühl“ ist. Das kann an keinen Arbeitsmarktindikatoren festgemacht werden und das erhöht bestimmte Unsicherheitsfaktoren.

In der jetzigen Phase gibt es ausreichend zu besetzende Stellen und andererseits ausreichendes Kundenpotential. Aktuell gibt es seit dem 01.10.22 die Erhöhung des Mindestlohnes. Den Abstand zu den Grundsicherungsleistungen in den Köpfen zu verankern ist eher ein Problem, als Umsetzungsprobleme.

Zu den ukrainischen Geflüchteten sagte er, dass gegenwärtig eine Stagnation zu verzeichnen ist, faktisch keine Neuzugänge, eher Abgänge. Es ist gelungen, diese Personen zum 01.06.22 alle in das SGB II zu überführen. Es sind „Gäste auf Zeit“, da der überwiegende Teil in die Heimat zurückgehen will. Es handelt sich um ca. 3000 Erwerbsfähige, bei dem Rest handelt es sich um Kinder. Davon sind ca. 30 Personen in Beschäftigung gegangen. Die Existenzsicherung und Zahlung der Unterkunft funktionieren. Er betonte, dass die Versorgung der Betroffenen aus der Ukraine und die vorläufige Integration am Standort Halle tatsächlich bewältigt wird.

Zum Bürgergeld wies er darauf hin, dass gerade die erste Lesung im Bundestag stattfindet. Es wird davon ausgegangen, dass der vorliegende Entwurf sicher viele Änderungen erhalten wird, da es viele Querinteressen aus Sicht der Bundesländer gibt. Es ist ein zustimmungspflichtiges Gesetz, d. h., es muss durch den Bundesrat. Die Konzentration des Jobcenters liegt deswegen momentan auf einer gewissen Sicherheit, auf politischen Versprechen, dass zumindest die Erhöhung der Leistungssätze pünktlich kommen wird, da diese notwendig ist.

Es hängt von der Entscheidung des Bundesrats und der Verkündung des Gesetzes ab. Findet dies nach dem 03.12.22 statt, werden möglicherweise viele Menschen den erhöhten Leistungssatz nicht bekommen, da auch eine technische Umstellung Zeit in Anspruch nimmt. Deswegen muss sich der Gesetzgeber bei diesem Thema sehr beeilen.

Die anderen Themen zum Bürgergeld werden mit Sicherheit mit zeitlicher Verzögerung kommen, aber da tritt kein Schaden ein. Wichtig ist, dass die finanziellen Mittel pünktlich kommen.

Er machte noch einmal deutlich, dass bei bestimmten Themen Unklarheiten bestehen und damit auch für das Jobcenter. Die Entwicklung der Energiekosten, die Wirkung des Gaspreiskegels und was das mit Unternehmen am Standort macht, sind völlig unklare Größen.

Er konnte zumindest sagen, dass bei einer Erhöhung der Betriebskosten für das jetzige Klientel des Jobcenters, diese natürlich übernommen werden. Momentan gibt es 16 000 Bedarfsgemeinschaften und Familien, für die nach der gelben KdU - Richtlinie auch steigende Betriebskosten übernommen werden. Er ging davon aus, dass mehr Menschen in die Grundsicherung kommen werden.

Herr Kaltofen sprach an, dass es einen gesetzlichen Vorrang des Wohngeldes vor der Leistung des Jobcenters gibt. In der politischen Diskussion ist, diesen Vorrang außer Kraft zu setzen. Sollte dies nicht erfolgen, wäre es ein Worst Case-Szenario, dass das Jobcenter für einige Monate noch Wohngeldempfänger als Neuzugänge zu betreuen hätte.

Er regte an, im Dezember nochmals in den Ausschuss zu kommen, damit der Ausschuss aktuell zum Stand informiert werden kann.

Herr Heym fragte zu der Aussage der Vorrangigkeit des Wohngeldes nach, da dies ja erhebliche weitere Auswirkungen hätte. Deswegen fragte er, wie diese dann für die Stadt Halle aussehen würden.

Herr Kaltofen sagte, dass er dies nicht beantworten kann, da er dies nicht wissen kann. Das Wohngeld ist erstmal die höhere Leistung, würde es dazu kommen, dass das Jobcenter vorübergehend hier mitwirken müsste, würde das Jobcenter erstmal mit niedriger Leistungszahlung aushelfen, dies wäre weniger im Interesse der Betroffenen als auch aller anderen Beteiligten.

Herr Heym ging darauf ein, dass es dann eine Bedürftigkeitsprüfung geben müsste, da dann andere Voraussetzungen gegeben sein würden. Es hätte erhebliche Auswirkungen für die Antragsberechtigten, Stichwort „Schonvermögen“.

Herr Kaltofen bestätigte das so, wies aber darauf hin, dass das Schonvermögen in der Grundsicherung zwischenzeitlich großzügig definiert wurde, sodass der Normalbürger sich keine Sorgen machen müsste. Die werden fortgeschrieben und sind auch in den Gesetzentwürfen so drin, wie sie aktuell auch in der jetzigen Gesetzeslage gelten.

Frau Dr. Kreuzfeldt sprach an, dass momentan eine Umbruchsituation mit vielen Veränderungen besteht. Sie wollte wissen, mit welchem Zeitraum gerechnet wird, bis man „angekommen ist“ und wieder gesicherte Verhältnisse für die Menschen bestehen.

Herr Kaltofen sagte, dass es erfahrungsgemäß zwei bis drei Jahre dauern wird, ehe man so einen Systembruch in der Grundsicherung auch tatsächlich vollständig umgesetzt hat. Es wird aus heutiger Sicht zeitliche Abstufungen im Inkrafttreten geben. Es wird gegenwärtig davon ausgegangen, dass ab 01.01.2023 Leistungshöhe, ab 01.07. imaginäre Themen, die final noch nicht formuliert wurden, kommen. Es ist ein zweiseitiges Thema, da sich die Kunden als auch die Mitarbeiter umstellen müssen. Beim Thema Vertrauenszeit müssen beide Seiten bereit sein, sich so einem Thema zu öffnen. Deswegen wird hier mit Überlagerungen gerechnet werden müssen.

Zum Thema Nachzahlung aus Betriebskosten sagte **Herr Kaltofen**, dass für dieses Jahr sicher noch keine großen Auswirkungen sein werden und wenn, dann nur für drei, vier Monate. In 2024 werden die Auswirkungen für 2023 deutlich werden und das Ende der Welle noch 2025. Deshalb wird von einer Wechselwirkung zwei, drei Jahre ausgegangen.

zu 6.2 **Berichterstattung** zum **Umsetzungsstand** **Präventionskonzept,**
Bildungskonzept,
Vorlage: VII/2022/04647 **Jugendhilfeteilplanung**

Die Informationsvorlage ist in Session hinterlegt und wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 6.3 Richtlinie REGIO AKTIV und Regionaler Arbeitskreis der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04666**

Die Informationsvorlage ist in Session hinterlegt und wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 7.1 Frau Dr. Schöps zum Jobcenter

Frau Dr. Schöps stellte mündliche Fragen zur Sanktionspraxis vom Jobcenter, welche sie vorab schon an die Verwaltung gegeben hatte. Hier war ein Überblick seit 2009 gewünscht worden.

Frau Polte beantwortete die Fragen anhand einer Präsentation.
Die Fragen/Antworten sind in Session hinterlegt.

Frau Polte betonte, dass Sanktionen für das Jobcenter kein Instrument sind. Diese lassen sich nicht immer verhindern, sind aber das letzte Mittel, welches eingesetzt wird. Es soll in den Dialog getreten werden, was nur mit der Bereitschaft des Kunden möglich ist. Sie betonte, wie wichtig Digitalisierung ist, aber eben der direkte Kontakt zum Kunden eine große Bedeutung hat.

Herr Heym sagte, dass er bereits der Studie entnommen hat, dass Sanktionen an der Stelle nicht zielführend sind, sondern eher zu neuen Problemen führen. Er fragte, ob das Jobcenter personell überhaupt in der Lage ist, den persönlichen Kontakt in der Häufigkeit bei den Problemfällen zu leisten oder ob noch andere Möglichkeiten als Sanktionen zur Erreichung der Ziele gesehen werden.

Frau Polte antwortete, dass die Frage hierbei wäre, was eine Sanktion hilft, wenn gewusst wird, dass diese nichts bringen wird. Das Erkennen auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das Personal ist, wie gesetzlich gefordert, vorhanden. Dafür wird das Jobcenter auch von der Trägerversammlung begleitet und die Personalisierung ist gesichert. Es ist immer ein Anspruch im Dialog mit dem Kunden zu bleiben und Fortschritte zu bewirken. Es ist nicht immer der absolute Fortschritt, den Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Erfolge werden sichtbar, die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten reduzieren sich.

zu 7.2 Herr Schöder zur App „Katretter“

Herr Schöder sagte, dass durch die Stadt am gestrigen Tag auf der Homepage informiert wurde, dass die App „Katretter“ in der ersten Probephase mit hauptberuflich medizinischen Kenntnissen getestet wird.

Er fragte dazu:

1. Welche Tests in der Probephase mit den leitenden Notärzten, siehe Antwort auf die Frage seiner Fraktion in der Sitzung des Ausschusses vom 15.10.2020, was waren die Ergebnisse dieses Tests?
2. Welche Schritte zur Einführung der App wurden zwischen der Fertigstellung der

Leitstelle/Schnittstelle im Dezember 2021 und dem heutigen Tag durchgeführt? Gab es bereits Alarmierungen zur Hilfeleistung über diese App?

3. Welche Erkenntnisse wurden durch Austausch mit anderen Rettungsdienstbereichen, welche „Katretter“ bereits während der letzten Jahre einsetzten? Leitstelle Anhalt-Bitterfeld, Berliner Feuerwehr und andere Leitstellen in Brandenburg. Welche zusätzlichen Erkenntnisse wird die Stadt durch den eigenen Probetrieb gewinnen?
4. Warum wurden in die Liste der aktuellen Teilnehmerberechtigten nur hauptamtliche Helfer, nicht aber auch Helfer des Katastrophenschutzes, welche ebenfalls für die Stadt und dem Saalekreis bereits jetzt Menschen helfen und über die erforderlichen medizinischen Kenntnisse und regelmäßigen Schulungen zur Durchführung von Reanimationen verfügen?

Herr Schöder gab die Fragen schriftlich an die Verwaltung.

Frau Dr. Gröger fasste kurz zusammen.

Wie bereits gesagt, wurde im Oktober 2020 dieses Thema im Ausschuss vorgestellt. Seinerseits in Kooperation mit dem Katastrophen- und Brandschutz und dem Leiter des Rettungsdienstes, Herrn Schöppe. Sie schlug vor, dass detailliert auf die Fragen entweder schriftlich oder in einer der nächsten Sitzungen hier im Ausschuss eingegangen wird.

Der Prozess zur Findung einer geeigneten Rettungsapp war nicht ganz einfach. Die Bedürfnisse zwischen den Landkreisen und den kreisfreien Städten variierten und mussten auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden. Demzufolge hat sich der Prozess hingezogen. Am Ende haben sich die involvierten Beteiligten (Anhalt-Bitterfeld, Saalekreis, Stadt Leipzig und Halle) auf diese Rettungsapp „Kat-Retter“ verständigt. Auch deswegen, weil bereits die App „KATWARN“ im Gebrauch ist und die Bedienoberflächen relativ identisch sind.

Am 01. Oktober 2022 erfolgte die Freischaltung erstmal für die hauptamtlich Tätigen im Rettungsdienst, um zu schauen, wie praktikabel diese ist. Dieser Prozess wird das I. Quartal 2023 noch in Anspruch nehmen, um sich in dem Nutzerverbund nochmals austauschen zu können. Wenn dies abgeschlossen ist und alle evtl. Probleme ausgeschlossen wurden, wird die App dann auch für die übrigen Nutzer, welche eine Erste-Hilfe-Ausbildung haben und sich beteiligen möchten, freigeschalten.

zu 7.3 Frau Dr. Schöps zur Stellenbesetzung Koordinierungsstelle Präventionsrat

Frau Dr. Schöps fragte nach der Koordinatorenstelle für den Präventionsrat. Die Verwaltung hatte im September auf eine Anfrage im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung dazu geantwortet, dass 13 Bewerbungen eingegangen sind und 10 Personen davon geeignet wären und fünf Gespräche geführt wurden. Deswegen wollte sie wissen, ob die Entscheidung mittlerweile gefallen ist und ab wann die Stelle besetzt wird.

Frau Wildner bestätigte, dass die Gespräche stattgefunden haben. Ein Bewerber, welcher in der engeren Auswahl war, hat seine Bewerbung aus persönlichen Gründen zurückgezogen. Es wurde eine Auswahl und Rangfolge getroffen. Ihres Wissens ging dies dann in das Mitbestimmungsverfahren. Ab wann die Bewerberin, die auch zugesagt hat, die Stelle antreten wird, ist ihr nicht bekannt.

Frau Dr. Schöps dankte und bat darum, den Ausschuss zu informieren, wenn die Stellenbesetzung erfolgte.

Frau Wildner sagte, dass sie davon ausgeht, dass sich dann die neue Mitarbeiterin hier im Ausschuss vorstellen wird.

zu 8 Anregungen

zu 8.1 Anregung der Stadträtin Dr. Regina Schöps (Mitbürger & Die PARTEI) zur Verbesserung der Erreichbarkeit der Sozialbehörden Vorlage: VII/2022/04755

Die Anregung wurde in Session hinterlegt und zur Kenntnis genommen.

zu 8.2 Herr Schöder zu den Öffnungszeiten/Terminvergaben

Herr Schöder sprach an, dass seit den Anfängen von Corona nur noch mit vorhergehenden Terminen bei der Stadtverwaltung Bürgerinnen und Bürger vorsprechen können. Es gibt keine offenen Sprechzeiten mehr. Deswegen regte er in Ergänzung der Anregung von Frau Dr. Schöps an, dass dies für alle Sozialbehörden in der Stadt Halle wieder zu regeln wäre, dass es offene Sprechzeiten gibt.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.3 Frau Hecht zur Prüfung einer behindertengerechten Toilette

Frau Hecht regte an, dass insbesondere in der Weihnachtszeit auch eine Übergangsregelung für eine behindertengerechte Toilette auf dem Markt geschaffen wird. Sie sprach hier für die behindertengerechten Menschen als auch die integrativen Einrichtungen, die mit Kindern auf den Weihnachtsmarkt wollen.

Frau Brederlow sagte, dass es bis zum Hauptausschuss eine Antwort geben wird.

zu 8.4 Jahresplanung 2022 Vorlage: VII/2022/04764

Die Jahresplanung liegt in Session vor und wurde zur Kenntnis genommen.

Frau Haupt sprach an, dass es hierfür auch heute wieder Themen zur Ergänzung gab.

Frau Haupt beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

René Lukas
stellv. Protokollführer